



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 22. Februar 2012 (28.02)
(OR. en)**

**16902/11
ADD 1**

**PV/CONS 66
JAI 832
COMIX 722**

ADDENDUM zum ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3121. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ UND INNERES)
vom 27./28. Oktober 2011 in Brüssel**

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

Liste der A-PUNKTE (Dok. 15908/11 PTS A 96)

- Punkt 1: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1334/2000 über eine Gemeinschaftsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck 4
- Punkt 2: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den gewerbsmäßigen grenzüberschreitenden Straßentransport von Euro-Bargeld zwischen Mitgliedstaaten des Euroraums 5
- Punkt 3: Geänderter Entwurf des Haushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012..... 6
- Punkt 4: Geänderter Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 für das Haushaltsjahr 2011..... 6

TAGESORDNUNGSPUNKTE (Dok. 16033/11 OJ/CONS 65 JAI 774 COMIX 665)

- Punkt 3: Gemeinsames Europäisches Asylsystem 6
- Punkt 4: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1931/2006 bezüglich der Erweiterung des Grenzgebiets auf das Gebiet von Kaliningrad und bestimmte polnische Verwaltungsbezirke..... 6
- Punkt 5: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über ein einheitliches Antragsverfahren für eine kombinierte Erlaubnis für Staatsangehörige von Nicht-EU-Mitgliedstaaten zum Aufenthalt und zur Arbeit im Gebiet eines Mitgliedstaates und über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten..... 7
- Punkt 6: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Neufassung) 7

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

Punkt 18:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	7
Punkt 19:	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Recht auf Rechtsbeistand in Strafverfahren und das Recht auf Kontaktaufnahme bei der Festnahme	7
Punkt 20:	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindeststandards für die Rechte und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie für die Opferhilfe.....	8
Punkt 21:	Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI	8
Punkt 22:	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über strafrechtliche Sanktionen für Insider-Geschäfte und Marktmanipulation.....	8



BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

A-PUNKTE

1. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1334/2000 über eine Gemeinschaftsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck

PE-CONS 38/11 COMER 147 PESC 963 CONOP 45 ECO 94 UD 186 ATO 84
CODEC 1214

Der Rat billigte die im Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung enthaltene Abänderung und nahm den vorgeschlagenen Rechtsakt in der so abgeänderten Fassung gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union an (Rechtsgrundlage: Artikel 207 Absatz 2 AEUV).

Erklärung der Kommission

"Die Kommission beabsichtigt, diese Verordnung spätestens zum 31. Dezember 2013 zu überprüfen, speziell in Bezug auf die Möglichkeit der Einführung einer Allgemeinen Ausfuhrgenehmigung für geringwertige Sendungen."

Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zu geringwertigen Sendungen

"Diese Verordnung hat keine Auswirkungen auf die von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 9 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 428/2009 erteilten nationalen allgemeinen Ausfuhrgenehmigungen für geringwertige Sendungen."

2. **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den gewerbsmäßigen grenzüberschreitenden Straßentransport von Euro-Bargeld zwischen Mitgliedstaaten des Euroraums**

PE-CONS 18/11 EF 66 MI 245 COMPET 178 ECOFIN 248 ENFOPOL 133

CODEC 776

+ REV 1 (fr)

Der Rat billigte die im Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung enthaltene Abänderung und nahm den vorgeschlagenen Rechtsakt in der so abgeänderten Fassung gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union an (Rechtsgrundlage: Artikel 133 AEUV).

Erklärung des Rates und der Kommission

"Der Rat und die Kommission erklären, dass die sehr spezifischen Bestimmungen im Zusammenhang mit der Richtlinie 96/71/EG unbeschadet der Zulässigkeit künftiger vergleichbarer arbeitsrechtlicher Bestimmungen in anderen Zusammenhängen gelten."

Erklärung Deutschlands

"Nach Auffassung Deutschlands sollte im Kontext der Überprüfung der Verordnung, die gemäß Artikel 26 des Verordnungsentwurfs vier Jahre nach deren Inkrafttreten stattzufinden hat, insbesondere erwogen werden, die von den Mitgliedstaaten nach Artikel 13 anzuerkennenden Verkehrsträger von mindestens einer Option auf mindestens zwei Optionen auszuweiten.

Ziel der Verordnung ist die Erleichterung des grenzüberschreitenden Transports von Euro-Bargeld zwischen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets. Für die Mitgliedstaaten ist es daher wünschenswert, dass mehr als ein Verkehrsträger für den grenzüberschreitenden Transport von Euro-Bargeld zugelassen wird. Nach Überzeugung Deutschlands wäre es schwierig, das Ziel der Erleichterung des grenzüberschreitenden Transports von Euro-Bargeld zu erreichen, wenn jeder Mitgliedstaat nur einen Verkehrsträger gemäß den jeweiligen nationalen Vorschriften zulassen würde."

Erklärung der Niederlande

"Die Niederlande unterstützen diesen Vorschlag, möchten jedoch auch den Wunsch zum Ausdruck bringen, dass der Geltungsbereich der Verordnung in Zukunft auf alle EU-Mitgliedstaaten ausgedehnt wird."

Erklärung der Kommission

"Die Kommission macht es sich weiterhin zur Aufgabe, das gesamte einschlägige Fachwissen – gegebenenfalls einschließlich desjenigen der Sozialpartner – zu nutzen. Sie bedauert, dass das gemeinsame Verständnis von Übertragungen der Befugnis zum Erlass von Rechtsakten gemäß Artikel 290 AEUV in der Formulierung betreffend Konsultationen in Erwägungsgrund 20 nicht vollständig zum Ausdruck kommt."

3. Geänderter Entwurf des Haushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012

15376/11 FIN 733 PE-L 118

Der Rat beschloss, nicht alle Abänderungen des Europäischen Parlaments an seinem Standpunkt zum Entwurf des Haushaltsplans 2012 zu billigen.

Gemäß Artikel 314 Absatz 5 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU wird nunmehr ein Vermittlungsausschuss einberufen, um binnen 21 Tagen eine Einigung über einen gemeinsamen Entwurf zu erzielen.

4. Geänderter Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 für das Haushaltsjahr 2011

15374/11 FIN 732 PE-L 117

Der Rat beschloss, die Abänderung des Europäischen Parlaments an seinem Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 für das Haushaltsjahr 2011 gegen die Stimme der britischen Delegation zu billigen.

TAGESORDNUNGSPUNKTE

3. Gemeinsames Europäisches Asylsystem

- Sachstand

15843/11 ASILE 99 CODEC 1757

Der Rat verschaffte sich anhand eines Berichts des Vorsitzes einen Überblick über den Sachstand bei den Gesetzgebungsvorschlägen im Asylbereich.

4. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1931/2006 bezüglich der Erweiterung des Grenzgebiets auf das Gebiet von Kaliningrad und bestimmte polnische Verwaltungsbezirke

- Allgemeine Ausrichtung

15810/1/11 REV 1 FRONT 137 VISA 212 CODEC 1747 COMIX 653

13344/11 FRONT 101 VISA 148 CODEC 1297 COMIX 502

Der Jl-Rat legte eine allgemeine Ausrichtung auf der Grundlage des von der Kommission vorgelegten Textvorschlags (Dok. 13344/11) und der Gemeinsamen Erklärung des Rates und der Kommission (Dok. 15810/1/11 REV 1) fest. Der Rat nahm ferner die in Dokument 15810/1/11 REV 1 enthaltene einseitige Erklärung Polens zur Kenntnis.

5. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über ein einheitliches Antragsverfahren für eine kombinierte Erlaubnis für Staatsangehörige von Nicht-EU-Mitgliedstaaten zum Aufenthalt und zur Arbeit im Gebiet eines Mitgliedstaates und über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten

- Informationen des Vorsitzes über den Sachstand nach der Einigung der drei Parteien über die Entsprechungstabellen

Der Vorsitz unterrichtete den Rat über die endgültige Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament über die Richtlinie zur Einführung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich in der EU aufzuhalten und zu arbeiten. Noch vor Ende des Jahres soll dieser Rechtsakt förmlich erlassen werden.

6. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Neufassung)

- Informationen des Vorsitzes über den Sachstand nach der Einigung der drei Parteien über die Entsprechungstabellen

Der Vorsitz teilte dem Rat mit, dass die förmliche Annahme dieses Rechtsakts durch den Rat vor Ende des Jahres erfolgen soll, nachdem das Europäische Parlament die neuen Regelungen angenommen hat.

18. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht

- Erläuterungen der Kommission
15429/11 JUSTCIV 265 CONSOM 158 CODEC 1667
15432/11 JUSTCIV 268 CONSOM 159 CODEC 1668

Der Rat nahm Kenntnis von

- mündlichen Erläuterungen der Kommission zu dem Vorschlag und
- den ersten Reaktionen der Delegationen auf den Inhalt des Vorschlags.

19. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Recht auf Rechtsbeistand in Strafverfahren und das Recht auf Kontaktaufnahme bei der Festnahme

- Sachstand
15812/11 DROIPEN 121 COPEN 282 CODEC 1748

Der Vorsitz erläuterte den Stand dieses Dossiers.

20. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindeststandards für die Rechte und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie für die Opferhilfe

- Orientierungsaussprache
15494/11 DROIPEN 115 JUSTCIV 271 ENFOPOL 359
DATAPROTECT 113 SOC 873 FREMP 93 CODEC 1685

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über zwei konkrete Fragen im Zusammenhang mit dem Vorschlag. Es wurde vereinbart, dem Ansatz des Vorsitzes zu folgen, und die Arbeitsgruppe wurde aufgefordert, ihre Beratungen über den Text fortzusetzen und die fraglichen Bestimmungen erforderlichenfalls weiter zu spezifizieren.

21. Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI

- Informationen des Vorsitzes über den Sachstand
15456/11 PE 423 INST 480 POLGEN 156 CODEC 1675

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes zu den Entsprechungstabellen zur Kenntnis. Die genannte Richtlinie kann jetzt vom Rat angenommen werden.

22. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über strafrechtliche Sanktionen für Insider-Geschäfte und Marktmanipulation

- Erläuterungen der Kommission
16000/11 DROIPEN 125 EF 145 ECOFIN 717 CODEC 1811
+ COR 1 (en)

Die Kommission stellte den Vorschlag vor. Der Rat nahm die Erläuterungen zur Kenntnis.